
Helmuth Berking

Populismus: Inklusion und Exklusion als politischer Stil



Dr. Helmuth Berking, geb. 1950, Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen und Berlin, lehrt Politische Soziologie in Evanston, Illinois/USA.

Populismus ist populär. Das Wortbild fungiert gleichsam als Zauberformel, mittels derer heute sowohl spezifische, aus dem Transformationsprozeß postsozialistischer Gesellschaften resultierende Politikformen als auch alle jene „neuen“ neuen sozialen Bewegungen bedacht werden, die auf den politischen Bühnen Westeuropas das Drama der „parlamentarischen Demokratie“ orchestrieren. Dabei nehmen Anzahl und Bedeutungsumfang dieser in der öffentlichen Meinung, aber auch im sozialwissenschaftlichen Diskurs als „populistisch“ etikettierten Personen, Bewegungen, Parteien, Ideologien scheinbar proportional zum Verlust des erklärenden Gehaltes zu.

Ausgehend von dieser semantischen Konjunktur und einer theoriestrategischen „Rahmung“, in der Populismus als Symptom der Krisenerscheinungen demokratischer Regime gelesen wird, sollen einige der Um- und Neudefinitionen des Politischen, die sich in diesen Phänomenen andeutungsweise Ausdruck verschaffen, beschrieben werden. „Populistische Momente“, so Laurence Goodwyn, sind typisch für eine historische Konstellation abrupter Modernisierung, in der den affektiven Bindungen ganzer Bevölkerungsgruppen an die existierende soziale Ordnung der Boden entzogen wird.¹ In einer solchen Konstellation entstehen nicht nur Freiräume für populistische Politikstile, sondern auch und nicht zuletzt über diese vermittelt, neue Inklusio-

¹ Vgl. Helmut Dubiel (Hrsg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M. 1986, S. 47; vgl. auch Laurence Goodwyn, Democratic Promiser The Populist Movement in America, New York 1976.

sionserzählungen, die als kollektive Selbstdeutungen und Gruppenidentitäten verfestigt, politisch folgenreich zu werden vermögen. Populistische Momente wären dann jene kritischen Augenblicke, in denen kulturelle Wissensbestände, politische Routinen und Normaiitätstandards einer Gesellschaft aufgebrochen und neu zusammengesetzt werden. Was aber meint Populismus?

Repräsentationskritik und Ethnifizierung

Ghita Ionescu und Ernest Gellner haben vorgeschlagen, den Terminus für solche Bewegungen oder politische Formationen zu reservieren, deren zentrale ideologische Referenz das „Volk“ als eine homogene, mit exklusiven positiven Werten versehene Einheit darstellt.² Populismus als Stil politischer Mobilisierung ist wesentlich Anrufung, Appell an eine imaginierte soziale Formation - die aus dem nationalistischen Diskurs erwachsende Erzeugung einer „imagined community“.³ Wie alle Identitätspolitik ist auch diese gezwungen, ihre Besonderheit symbolträchtig zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig soweit zu entdifferenzieren, daß sie den größtmöglichen Inklusionseffekt erzielt. Populistische Politiken fördern und verstetigen deshalb Figurationen wechselseitiger Polemik. Bezeichnende wie Bezeichnete teilen das Grundmuster eines dualistischen Weltbildes, in dem Selbst- und Fremdzuschreibungen nicht nur asymmetrisch, sondern strikt anerkennungsneigend gerahmt sind. Die Reihe der binären Oppositionen, die sich so zwischen „denen“ und „uns“ produzieren läßt, ist, zumindest auf den ersten Blick, beliebig. Charakteristisch für die außerordentliche, von traditionellen Parteien oder Eliteformationen heute auf Dauer wahrscheinlich nur über selbstdestruktive Transaktionskosten zu erzielende Intensitätssteigerung des Politischen sind zwei Elemente.

Populistische Politiken überbieten systematisch sozialstrukturelle Differenzierungen und deren politische Repräsentation. Dabei ist die Deutung sozialer Konflikte außerhalb ihres Entstehungszusammenhangs in der Regel gleichbedeutend mit deren Ethnifizierung. Die Ethnifizierung wiederum eröffnet den Möglichkeitsspielraum für die Konstruktion von Feindbildern höchster Intensität. Die Repräsentanten des Zentrums erscheinen als feindliche, gegen die ethno-nationale und sozialmoralische Integrität der „imagined communities“ konspirierende Kräfte, Fremde gleichsam, die symbolisch auf das Niveau des gemeinen Immigranten gebracht werden, der ja auch nur durch Motive persönlichen Eigennutzes getrieben scheint. Allerdings ist die Ethnifizierung politischer Konflikte, die wir heute vor allem in rechtspopulistischen und regionalistischen Bewegungen beobachten, keinesfalls auf diese beschränkt. Es sind strukturelle Modernisierungseffekte im Zeichen ökonomischer Globalisierung und der Aufweichung trennender National-

2 Ghita Ionescu/Ernest Gellner (Hrsg.). *Populism. Its Meaning and National Characteristics*. London 1970.

3 Benedict Anderson. *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London/New York 1983.

staatsgliederung, die einer Rahmung des Politischen Plausibilitätszuschüsse verschaffen, die als „defensiver Nationalismus“ charakterisiert worden ist.⁴

Ein zweites, mit der Ethnifizierung eng zusammenhängendes und zugleich widerläufiges Merkmal gegenwärtiger populistischer Mobilisierungsstrategien ist die normative Selbstverpflichtung auf plebiszitäre und radikaldemokratische Innovation. Populismus dient auch hier der Markierung von Grenzen, genauer: der Diagnose politischer Pathologien. Während die einen im Auftreten populistischer Politikstile die Gefährdung und mögliche Erosion der Routinen und Normalitätsunterstellungen parlamentarisch repräsentativer Demokratien erblicken, Populismus also als Abweichung von der als legitim gesetzten Sicht des Politischen definieren, behaupten die anderen, gerade das System der repräsentativen Demokratie als die pathologische Grundform identifiziert zu haben. „Im Alltagsgebrauch dieses Terms“, so Pierre Taguieff, „gelten politische Orientierungen als populistisch, die die Kritik oder gar Ablehnung repräsentativer Demokratie implizieren.“⁵

Populistische Impulse

Der Kampf gegen die dissoziierenden Effekte intermediärer Organisationen und repräsentativer Verfahren aber, das Auftreten neuer Akteursgruppen, sozialer Bewegungen, Anti-Parteien-Parteien, die erfolgreiche Formierung von Subpoütiken jedweder Art, gehören heute zum selbstverständlichen Alltag fortgeschrittener Demokratien. Mehr noch: Forderungen nach politischer Dezentralisierung und plebiszitärer Demokratie definieren den Rahmen, innerhalb dessen sich die Selbstreformierung demokratischer Systeme heute zu bewegen und zu bewähren hat. Im Modus der Repräsentationskritik verdichtet und verallgemeinert sich eine politische Orientierung, die Herbert Kitschelt als „populistisch plebiszitären Impuls“ bezeichnet hat.⁶ Radikalisiert man diesen Befund, wird die Annahme plausibler, daß die gegenwärtige Konjunktur des Populismus als Stil politischer Mobilisierung nur dann hinreichend beschrieben werden kann, wenn die politische und sozialmoralische Unterfütterung, die „populistischen“ Erwartungen des Publikums, in Betracht gezogen werden. Überspitzt formuliert: Wir befinden uns gegenwärtig inmitten eines populistischen Moments insofern, als die politischen Normen signifikanter Bevölkerungsgruppen, deren legitime Sicht des Politischen, und die Populismen der Politiker, von denen sie wiederum legitimierend verstärkt werden, aufs engste zusammenhängen.

Im Zentrum dieser Umschreibungen aber wartet ein Paradox. Denn während Populismus als Kritik auf direkte, plebiszitäre Demokratie hinweist,

4 Friedhelm Neidhard/Dieter Rucht, Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 3/1993. S. 312.

5 Pierre-Andre Taguieff, Political Science Confronts Populism: From a Conceptual Mirage to a Real Problem, in: Telos 103/1995, S. 21.

6 Herbert Kitschelt, Demokratietheorie und Veränderungen politischer Beteiligungsformen. Zum institutionellen Design postindustrieller Gesellschaften, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2/1996, S. 27.

verweist politische Vergemeinschaftung letztlich ebenso strikt wie kompromißlos auf Exklusion und/oder ethnozentristisch fundierte Differenz. Dieses normative Dilemma zwischen einer demokratischen Utopie als umfassendem Versöhnungsversprechen und einer rigiden Politik der Unterscheidung liefert den Ausgangspunkt, um nach dem Möglichkeitssinn, nach den demokratischen Gehalten und den ethnozentristischen Mobilisierungspotentialen populistischer Politiken sowie der ihnen korrespondierenden populistisch plebiszitären Impulse zu fragen. Zwei Populismen, die nicht zu den gegenwärtigen Extremlagen gehören, sollen diese Problematik veranschaulichen.

Mit der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ und der „Forza Italia“, die übereinstimmend als links- bzw. rechtspopulistisch charakterisiert werden, haben sich zwei politische Unternehmen etabliert, die in kürzester Zeit die politische Kultur ihrer Länder nachhaltig beeinflussen konnten. Beide präsentieren und stilisieren sich als Organisationen neuen Typs, als Anti-Parteien-Partei bzw. soziale Bewegung, und beide stellen ihre organisatorischen Strukturen, ihre programmatischen Appelle und innovativen Inszenierungstechniken wesentlich darauf ab, den „populistisch plebiszitären Impuls“ optimal zu bedienen und in politische Machtchancen umzusetzen.

Der Populismus der Politiker: Die PDS

Als Nachfolgeorganisation der SED gelingt es der PDS trotz oder gerade wegen ihrer problematischen Last der Vergangenheit, sich in der Parteienkonkurrenz des vereinigten Deutschlands als genuine Ostrepräsentanz wider Willen zu behaupten. Sie zieht 1994 erneut in den Deutschen Bundestag ein und verfügt heute in den Beitrittsgebieten über ca. 6000 Abgeordnetenmandate in den Kommunal- und Regionalvertretungen, stellt Hunderte von Bürgermeistern, nicht nur in Kleinstädten, und erreicht bei Gemeinde- und Landtagswahlen im Osten durchschnittlich über 20 Prozent, mit absoluten Spitzen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Ostberlin, wo sie aus der Bundestagswahl 1994 mit 34,7 Prozent als stärkste Partei, vor der SPD (33,1 Prozent) und der CDU (19,5 Prozent), hervorgeht.

Daß der besondere Modus der deutschen Vereinigung, der vollständige Transfer des westdeutschen Institutionensystems inklusive der dazugehörigen Westexperten auf das Gebiet der DDR und die damit verbundene millionenfache Erfahrung der Entwertung typischer Ostbiographien, das Fundament für jene Figuration wechselseitiger Polemik legte, die, durch die Diffamierungskampagnen der Westparteien verstetigt und radikalisiert, der PDS den profitablen Bonus des Opfers verschaffte, ist hinlänglich bekannt. Die antikapitalistische, aus DDR-Zeiten vertraute Rhetorik der Partei wird vom Publikum nun als strukturbildendes, die eigenen Erfahrungen bestätigendes Ressentiment gegen den Westen übersetzt und in der Figur des kolonialisierten Ostdeutschen gleichsam regionalistisch ethnifiziert. Gleichwohl ist die Rolle der PDS in der Formierung des Publikums ambivalent, zerfällt die Partei doch in drei politische Segmente, denen drei konträre Anforde-

rungsprofile entsprechen: die PDS agiert gleichzeitig als regionale, als sozialistische und als Protestpartei.⁷

Während die reformistische Parteispitze der Idee des „dritten Weges“ und dem Konzept einer modernen, die Themen und Wertorientierungen der neuen sozialen Bewegungen beerbenden sozialistischen Partei auch programmatisch Ausdruck verleiht, repräsentiert die Mehrheit der Parteimitglieder eher den strukturkonservativen Kern jener „true believers“, deren politische Sozialisation und biographische Identität durch die vierzigjährige Geschichte des real existierenden Sozialismus geprägt worden ist. Die Parteiführung ihrerseits ist von diesem Typus des „strukturkonservativen PDS-Stellungskriegers“⁸ weitgehend abhängig, ohne ihn ihrerseits politisch programmatisch reglementieren zu können. Studien über die Kommunalpolitik der PDS heben vor allem zwei Elemente hervor: eine erfolgreiche Basis- und Bündnispolitik in Gestalt von Beratungsinitiativen, Rechtshilfevereinen etc. sowie eine pragmatische Politikorientierung, in der sich, von Sighard Neckel als Variante jener „Doxa der ostdeutschen Demokratie“⁹ so anschaulich beschrieben, das eingelebte Modell der „unpolitischen Kooperation“ mit dem kollektiven Ressentiment gegenüber den neuen Institutionen verbindet.

In dem Versuch, den klientelistischen Zugang zu Machtchancen und die persönliche Einflußnahme auf das politische System gegen rechtsstaatliche Reglementierungen und kritiklose Übernahme westdeutscher Strukturen offenzuhalten, wirken jene für den sozialistischen Alltag so typischen „deobjektivierten“ Handlungsstrukturen nach, in denen Politik als Resultat „unvermittelter Beziehungen“ einzig auf das Rationale persönlichen Vorteils verpflichtet schien.¹⁰ In dieser eigentümlich unpolitischen, personalistischen und klientelistischen Einfärbung des Politischen berühren sich PDS-Lokalpolitik und populistischer plebiszitärer Impuls, dessen inkorporierte Deutungsschemata eher den sozialistischen Gewohnheiten des Herzens als den legalistischen Zumutungen der westlichen „Kolonisatoren“ folgen.

Die Parteimitglieder teilen mit der Mehrheit der PDS-Wähler nicht nur das Ressentiment gegen den Westen, sondern auch die Ablehnung des sozialistischen Projekts der Führung. Wähleranalysen deuten zudem darauf hin, daß nicht ökonomischer Abstieg, sondern „Identitätspolitik“ die bindende Klammer bildet. Aus diesem Blickwinkel scheint das manifeste Motivbündel der Wähler tatsächlich in dem zusammenzuschunren, was ein Beobachter nachholende oder „sekundäre Ethnifizierung“ genannt hat.¹¹

7 Interview mit Claus Offe, in: Constellations. 1/1995, S.23.

8 Vgl. T. Umann Fichter, Kein Auslaufmodell, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 8/94, S. 714.

9 Einer quasi „gottgegebenen“ Wirklichkeit; vgl. Sighard Neckel, Die ostdeutschen Doxa der Demokratie. Eine lokale Fallstudie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 4/1995, S. 676f.

10 Wolfgang Engler, Individualisierung im Staatssozialismus, in: Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf. Frankfurt/M. 1992, S-187.

11 Interview mit Claus Offe, in: Constellations. 1/1995. S. 29.

Was aber ist das Populistische in dieser Konstellation? Man könnte die Politik der offenen Listen erwähnen, die kurzfristige Forderung nach einer dritten Bundeskammer für soziale Bewegungen oder die Europapolitik. Viel aufschlußreicher aber scheint das prekäre Verhältnis zwischen Parteiführung, Mitgliedschaft und Wählern zu sein. Denn weder Partei noch Basis, obgleich an diffuse Mehrheitsmeinungen anschließend, scheinen in der Lage, diese zu kontrollieren oder gar in „sozialistische Politik“ umzusetzen. Eine wesentlich um Identitätspolitik gruppierte, in ihrer Grundhaltung wertkonservative und durch die Vereinigungspolitik in der eigenen Inferioritätswahrnehmung zusätzlich bestärkte Wählerschaft treibt die PDS in Richtung einer rein ostdeutschen Ressentiment- und Protestpartei vor sich her. Es ist die aus der DDR- und Vereinigungsgeschichte resultierende, spezifisch ostdeutsche Signatur des populistisch plebiszitären Impulses, die die PDS wieder Willen erfolgreich sein läßt, ohne indes ihren politischen Gestaltungsspielraum als sozialistische Partei zu erweitern.

Der Populismus der Politiker: Forza italia

„Forza Italia“ steht für jene neue, scheinbar aus dem Nichts kommende Massenbewegung, die nicht einmal 50 Tage benötigt hat, um die politische Mehrheit in Italien zu erobern. Die Vorgeschichte ist schnell erzählt. Im Zeichen von „Tangentopoli“, der zunächst auf Mailand begrenzten, sich dann über das ganze Land ausdehnenden politischen Skandalchronik permanenter Bestechung, systematischen Amtsmißbrauchs und der fröhlichen Maximierung des Eigennutzes, wird das traditionelle Machtkartell der italienischen Republik symbolisch enthauptet. Ermittlungsverfahren gegen 800 führende Politiker der Regierungskoalition und gegen 25000 weitere Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung sorgen dafür, daß die etablierten Parteien gleichsam über Nacht von der politischen Bühne verschwinden.

Forza Italia ist das Projekt Silvio Berlusconi und das Produkt politischen Marketings.¹² Der organisatorische Kern ist „Publitalia“, die Werbeagentur, und „Programma Italia“, die Finanzgesellschaft der Fininvest, die mit ca. 3000 regionalen Vertretern das Rückgrat der Bewegung bildet.¹³ Berlusconi verfährt nach dem Lehrbuch des Produktmanagements. Meinungsumfragen eruieren die potentielle Nachfrage nach einer optimistisch gestimmten rechten Mitte und deren signifikantes Problemprofil. Der Phase des Produktdesigns folgt die Implementierung durch die Vertriebsstruktur von Publitalia. Nach dem Bankrott der alten Elite ist eine neue politische Klasse gefragt. Berlusconi findet sie in den Kundenkarteien seines Unternehmens. Aus einem Pool von ca. 2000 Kandidaten werden 400 „neue“ Politiker ausgesucht, die durch hauseigene Psychologen und Medienmanager der Publitalia in einem dreitägigen Crash-Kurs mit dem nötigen Know-how der Selbstinszenierung versehen werden.

¹² Zur Biographie Silvio Berlusconi vgl. Giovanni Ruggieri/Mario Guarino, Berlusconi. Showmaster der Macht. Berlin 1994; zur Krise der Politik in Italien vgl. Werner Raith, Der Korruptionsschock, Reinbek 1994.

¹³ Marco Piantini, Forza Italia und PDS als zentrale Akteure des italienischen Parteiensystems, in: Prokla 5/1995. S. 47.

Der Übergang von dieser im Verborgenen wirkenden Organisationsstruktur in die Öffentlichkeit erfolgt mit der flächendeckenden Gründung von ca. 13 000 „Clubs“, eine Organisationsform, die an die Tradition der italienischen Fußball-Fanclubs einerseits und der sozialistischen Arbeiterzellen andererseits anknüpft und der es innerhalb weniger Wochen gelingt, ca. 1 Million Mitglieder zu mobilisieren. Scheinbar unbegrenzte Finanzressourcen und die Stellung des Berlusconi-Privatfernsehens sichern der Bewegung eine Daueraufmerksamkeit, die sie schließlich mit 21 Prozent der Stimmen als stärkste politische Kraft aus den Parlamentswahlen 1994 hervorgehen läßt.

Die Botschaft war ebenso einfach wie erfolgreich, bestand sie doch aus jener bekannten Mischung neoliberaler Wirtschaftsdeologie und kulturellem Autoritarismus, die für das Spektrum des europäischen Rechtspopulismus so charakteristisch erscheint.¹⁴ Die intensitätssteigernde Ethnifizierung wurde der Lega Nord und der Alleanza Nazionale überlassen, während Forza Italia, nomen est omen, sich auf die ethno-nationale Variante innerer und äußerer Feindkonstruktionen beschränkte. Der Botschafter selbst inszeniert sich als Ideal seines Programms: der Selfmademan und Multimillionär, der treusorgende Familienvater, der Saubermann und Held der politischen Interaktion, der den Individualismus gegen die Gespenster des Kollektivismus verteidigt, der „weiße Ritter“ (Dario Fo), der eine Million Arbeitsplätze, die Privatisierung des Gesundheitswesens und Steuersenkungen verspricht. Berlusconi ist die Bewegung und der Bildschirm das Medium seiner Politik. Im medialen Appell an das Volk verwirklicht sich gleichsam das Ideal des Ideals direkter Demokratie, denn das Volk ist jeder Antwort enthoben. Die Auftritte, ausschließlich in den eigenen Fernsehprogrammen, sind rar, wohl kalkuliert und grandios inszeniert. Sie wiederholen, so Marco Piantini, das „Ritual der Madonnenerscheinung“.

Silvio Berlusconi ist neben Ross Perot sicherlich das herausragende Beispiel des „strategischen Populisten“.¹⁵ Forza Italia aber präsentiert das Exemplum des Populismus im Zeitalter seiner medientechnischen Evozierbarkeit. Populismus im Zeitalter seiner medientechnischen Evozierbarkeit führt uns den Möglichkeitsspielraum telekratischer Politikformen und die Modernisierung des politisch-strategischen Repertoires vor Augen: diffuse Massenmeinung wird qua Meinungsforschung objektiviert und über den Bildschirm ästhetisiert; Ressentiments werden qua Meinungsforschung in Parteipolitik transformiert und über den Bildschirm remoralisierend legitimiert; die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Entscheidungen wird qua Meinungsforschung vor der Entscheidung eruiert. Kurz: Der strategische Populist ersetzt politischen Gestaltungswillen durch Meinungsumfragen und Tele-Vision.

14 Hans Georg Beitz, *The New Politics of Resentment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe*, in: *Comparative Politics*, July 1993. S. 414f.

15 Zum Typus des strategischen Populisten vgl. Hans-Georg Soeffner, *Populisten: Profiteure. Handelsagenten und Schausteller ihrer Gesellschaften*, in: Helmuth Berking/Ronald Hitzler/Sighard Neckel (Hrsg.), *Politikertypen in Europa*, Frankfurt/M. 1994.

Dieser über Meinungsforschung und Fernsehbilder imaginierten Gemeinschaft haftet gleichwohl immer noch etwas Unkalkulierbares an. Sie besteht auf Bewährung, eine Herausforderung, der der strategische Populist strukturell nicht entsprechen kann. Deutete bereits die Unfähigkeit des Ministerpräsidenten, seine politischen von seinen unternehmerischen Interessen zu trennen, in die altbekannte Richtung einer Neuaufgabe politischer Beutepolitik, so wurde das berüchtigte Dekret „salva potenti“ (Rettung der Mächtigen) zum Desaster. Wiederum durch Meinungsumfragen vorbereitet, die die beruhigende, aber falsche Einschätzung gaben, die Mehrheit der Italiener sei an den Korruptionsverfahren und den eigenmächtigen Aktionen der Staatsanwälte nicht wesentlich interessiert, erläßt die Regierung Berlusconi jenes Dekret, mittels dessen die „bedeutendsten“ Untersuchungshäftlinge, d. h. die alte politische Klasse, auf freien Fuß gesetzt und die Verhaftung weiterer Persönlichkeiten (Craxi) verhindert werden soll. Die laut Meinungsforschung indifferenten Bürger schlagen zurück. Ein Sturm der moralischen Entrüstung zwingt die Regierung zum Rückzug. Dem „Blitzkrieg“ des Aufstiegs folgt ein stillloser, zeternd quälender Absturz.

Grenzen populistischer Politikstile

Dies aber markiert die Grenze des Populismus im Zeitalter seiner medientechnischen Evozierbarkeit: daß man diffuse Massenstimmungen zwar aufnehmen, schüren und über Massenmedien vielleicht sogar formen, nicht jedoch in politische Maßnahmen und damit in politische Gewinne ummünzen kann, soweit diese dem moralischen Urteil des Publikums widersprechen. Das populistische Experiment scheitert an den normativen, aus paternalistischen Motiven und demokratischen Normalitätsunterstellungen geformten Erwartungen seines Publikums, eine Kombination, die zwar die massenmediale Mobilisierung erleichtert, Folgebereitschaft und Loyalität jedoch an demokratische Inhalte bindet. Insofern scheint das Phänomen Forza Italia eher das zu bestätigen, zu dessen Überwindung es ausersehen war: die Widerstandsfähigkeit des in eine demokratische Massenkultur eingebetteten populistisch-plebiszitären Impulses, nicht gegenüber populistischen Inszenierungen, wohl aber gegenüber einer amoralischen, Gerechtigkeitsvorstellungen, Legalitätsmaximen und institutionalisierte Egalitätsnormen verletzenden Politik.

Beide Geschichten werfen ein bezeichnendes Licht auf das je spezifische Zusammenspiel populistischer Politiken und plebiszitärer Orientierungen. Im ersten Fall unterstützt ein mobilisierungsbereites Segment der Bevölkerung - unbeschadet der Programmatik und Ziele - eine politische Organisation und nötigt sie, als Sprachrohr einer regionalspezifischen Identitätspolitik zu fungieren, wobei der Affekt gegenüber repräsentativen Verfahren sich weniger aus basisdemokratischen Aspirationen als vielmehr aus der Ethnifizierung der politischen Konflikte zu speisen scheint. Im zweiten Fall substituiert eine von oben etablierte quasi-soziale Bewegung die durch und durch dis-

kreditierte Organisationsstruktur der traditionellen Parteiendemokratie, um in der Stunde der Wahrheit an dem normativen, aus demokratischen Normalitätsunterstellungen resultierenden Anspruchsniveau des Publikums zu scheitern. In beiden Fällen ist es nicht oder nicht in erster Linie der Populismus der Politiker, sondern die normative Erwartung des Publikums, die den Möglichkeitssinn populistischer Politik bestimmt.